



HEILBRONNER STIMME

www.stimme.de

Mittwoch
6. April 2022

Zeitung für die Region
Heilbronn-Franken
Hohenlohe
Kraichgau

Nr. 80 · 2,20 Euro

Zwischen Kriegssorgen und Hilfsbereitschaft

BAWÜ-CHECK Ukraine-Konflikt und hohe Energiepreise belasten die Menschen im Land – Mehrheit für längere AKW-Laufzeit

Von unserem Redakteur Jürgen Paul

Der Krieg in der Ukraine und seine Folgen drücken auf die Stimmung der Menschen im Land. Der Zukunftsoptimismus in Baden-Württemberg war noch nie so niedrig wie zurzeit. Das ist das zentrale Ergebnis des jüngsten BaWü-Checks. Das Institut für Demoskopie in Allensbach befragte dazu im Auftrag der baden-württembergischen Zeitungsverlage vom 23. bis 29. März 1057 Frauen und Männer im Land. Demnach blicken nur 24 Prozent der Befragten mit Hoffnung auf die kommenden zwölf Monate – im Januar waren es noch 38 Prozent. 34 Prozent sehen der nahen Zukunft mit ausgeprägten Befürchtungen entgegen, weitere 33 Prozent mit Skepsis.

Die Hilfsbereitschaft der Baden-Württemberger gegenüber den Flüchtlingen aus der Ukraine ist allerdings sehr groß. Gut die Hälfte der Befragten spricht sich dafür aus, unbürokratisch so viele Flüchtlinge wie möglich aufzunehmen. 43 Prozent plädieren dafür, die Anzahl an Ukraine-Flüchtlingen zu begrenzen, sechs Prozent wollen nur sehr wenige oder gar keine Flüchtlinge im Land sehen. „Die Stimmung gegenüber den aus dem Krieg in der Ukraine geflüchteten Men-

schen ist eine gänzlich andere als bei der Flüchtlingswelle 2015/16“, schreiben die Allensbach-Forscher.

Platzfragen 80 Prozent der Befragten sagen freilich auch, dass sie nicht die räumlichen Möglichkeiten hätten, Flüchtlinge bei sich aufzunehmen. Grundsätzlich wären jedoch 44 Prozent der Menschen im Land auch unabhängig von den räumlichen Bedingungen bereit, Geflüchtete aus dem Kriegsgebiet zu beherbergen. Ein Drittel schließt dies kategorisch aus.

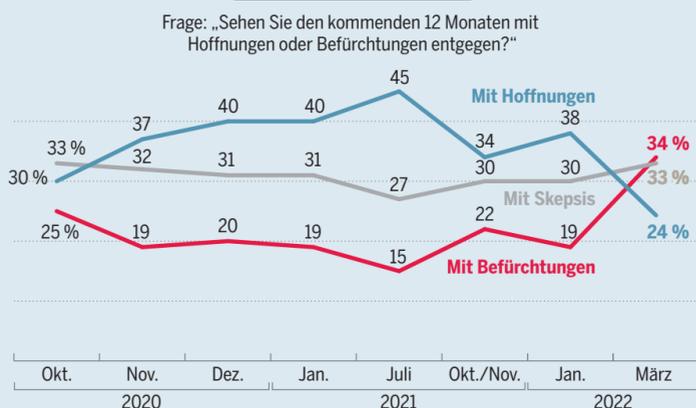
Besonders belastend für die Menschen im Land sind die wirtschaftlichen Folgen des Krieges, die sich in teils massiven Preissteigerungen niederschlagen. Jeder Vierte berichtet, dass ihn die gestiegenen Energiepreise massiv belasten und in große finanzielle Schwierigkeiten bringen. Auch die gestiegenen Preise für Lebensmittel sorgen die Bürger in Land und Region.

Mit Blick auf die hohen Preise für Diesel und Benzin fordern 69 Prozent, dass die Kraftstoffsteuern gesenkt werden sollen. Das diskutierte temporäre Tempolimit von

100 Stundenkilometern auf Autobahnen bewerten die Baden-Württemberger eher skeptisch. 37 Prozent finden ein Tempolimit gut, 47 Prozent lehnen es ab.

Die Meinungsforscher wollten auch wissen, was die Bürger im Land konkret tun, um Energie und Kosten zu sparen. 54 Prozent versuchen, sich generell einzuschränken und sparsamer zu leben. 45 Prozent fahren weniger Auto, 34 Prozent fahren zudem spritsparender. Und 36 Prozent sagen, sie würden die Heizung zu Hause etwas runterdrehen, 35 Prozent versuchen,

Zusammenbruch des Zukunftsoptimismus im Land



HST-Grafik, Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfragen, zuletzt 6164/III. Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre

„Nie zuvor war der Zukunftsoptimismus derart niedrig.“

Die Allensbach-Forscher

Strom im Haushalt zu sparen. Der öffentliche Personennahverkehr scheint keine Alternative zu sein: Nur 18 Prozent geben an, häufiger mit Bus und Bahn zu fahren.

Angesichts der drohenden Versorgungsengpässe bei der Energie sprechen sich 57 Prozent dafür aus, das Kernkraftwerk Neckarwestheim II länger laufen zu lassen als geplant. Auch der Ausbau der Windkraft findet große Unterstützung. 60 Prozent der Befragten unterstützen den raschen Ausbau, 58 Prozent sagen sogar, es würde sie nicht stören, wenn ein Windrad in ihrer Nähe gebaut würde. **Seiten 5, 7**

Meinung „Düstere Zeiten“

Meinung



Von Uwe Ralf Heer

Politik gefordert: Die Bürger fürchten zu Recht einen starken Kaufkraftverlust, meint unser Autor.

Düstere Zeiten

Wenn die große Mehrheit der Bevölkerung pessimistisch in die Zukunft blickt, dann ist dies ein Alarmsignal. So gering wie derzeit waren die positiven Hoffnungen für die nächsten zwölf Monate noch nie. Verwundern muss das niemanden. Zwei zehnjährige Jahre Corona, dann der Krieg mit all seinen Folgen haben Spuren hinterlassen. Daran ändern kurzzeitige Hilfspakete nichts. Die Menschen fürchten anhaltende Einschränkungen im Alltag und vor allem einen dauerhaften Anstieg der Preise. Die Reaktionen auf eine schwindende Kaufkraft sollte niemand unterschätzen – in Frankreich ist sie gerade das beherrschende Wahlkampfthema. Daher sind klare Zusagen gefragt – beispielsweise für längerfristige Hilfsmaßnahmen.

Dass bei der Krisenbewältigung noch mehr möglich wäre, wird im BaWü-Check, der Umfrage der baden-württembergischen Tageszeitungen, deutlich. Zur Sicherung der Energieversorgung sind die Menschen jetzt bereit, auf die Bürgerbeteiligung bei Großprojekten, wie dem Bau von Windrädern, zu verzichten. Nur dann kann es schneller gehen – doch da hinkt die Politik noch immer weit hinterher. Und wer hätte gedacht, dass sich die Mehrheit für einen Weiterbetrieb des Kernkraftwerkes Neckarwestheim II ausspricht? Die Weichen wurden jedoch längst gestellt – wie man jetzt sieht, wohl viel zu früh.

@ Ihre Meinung?
uwe.heer@stimme-mediengruppe.de

Kurios

Ticket zum Spottpreis

NÜRNBERG Ein Fehler an Ticketautomaten hat zahlreichen Studierenden eine Semesterkarte zu einem Spottpreis ermöglicht. Die für ein halbes Jahr gültigen Fahrkarten seien für 2,07 Euro statt 207 Euro verkauft worden, sagte ein Sprecher des Verkehrsverbunds Großraum Nürnberg (VGN). Laut VGN ist noch unklar, ob die Tickets trotz des Fehlers gültig bleiben. *dpa*

Wirtschaft

Ein Unternehmer aus Öhringen hat ein Nachhaltigkeitsgutachten für Mittelständler entwickelt. Seite 8

Kultur

Vor Konzert in Heilbronn: Schlagzeuger Bobby Elliott von der Band The Hollies im Interview. Seite 21

Sport

Heilbronner Falken liegen in der Halbfinal-Serie 0:3 zurück – es muss aber nicht das Ende sein. Seite 19

Region

Mit einer großen Opening-Gala hat die Programmschule 42 Heilbronn Eröffnung gefeiert. Seite 23

EU plant Importverbot für russische Kohle

Fünftes Sanktionspaket wird konkreter – Von der Leyen will sich mit Selenskyj treffen

KIEW/BRÜSSEL Nach den Gräueltaten von Butscha hat die EU-Kommission einen Vorschlag für ein umfangreiches Paket mit neuen Russland-Sanktionen vorgestellt. Es beinhaltet nach Angaben von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen unter anderem ein Importverbot für Kohle aus Russland. Wann es in Kraft treten soll, wurde noch nicht festgelegt. Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock hat sich grundsätzlich hinter EU-Pläne zum Importverbot für russische Kohle gestellt, aber einen gemeinsamen Fahrplan zum Komplettausstieg aus allen fossilen Energieimporten aus Russland gefordert. Die Antwort auf

die Kriegsverbrechen, die man in der Ukraine gesehen habe, müsse das fünfte Sanktionspaket sein, sagte die Grünen-Politikerin am Dienstag. Sie ergänzte: „Dass wir als Europäische Union den Komplettausstieg aus fossiler Energieabhängigkeit von Russland gehen, beginnend bei Kohle, dann Öl und dann Gas.“

Offensive erwartet Die Nato erwartet in den kommenden Wochen eine verstärkte russische Offensive im Osten und im Süden der Ukraine. Russland werde versuchen, den gesamten Donbass einzunehmen und eine Landbrücke zur bereits besetzten ukrainischen Halbinsel Krim zu

schaffen, sagte Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg. Die Gräueltaten an Bewohnern der Stadt Butscha sind nach Angaben des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj kein Einzelfall. „Die Welt hat noch nicht gesehen, was sie in anderen besetzten Städten und Regionen unseres Landes getan haben“, sagte der per Video zugeschaltete Selenskyj am Dienstag vor dem UN-Sicherheitsrat in New York. Dort forderte Selenskyj den Ausschluss von Russland aus dem UN-Sicherheitsrat, da das Land als ständiges Mitglied im Rat jede Entscheidung des Sicherheitsrats für Frieden in der Ukraine blockieren könne.

Die Vereinten Nationen kündigten an, die Vorfälle in Butscha von Menschenrechtsexperten untersuchen zu lassen. Zusätzlich werde eine Untersuchungskommission aus Juristen im Auftrag des UN-Menschenrechtsrats Beweise für mögliche Kriegsverbrechen sammeln. Noch diese Woche wird sich Selenskyj mit EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen treffen. Sie wird mit dem EU-Außenbeauftragten Josep Borrell nach Kiew reisen, teilte ein Sprecher mit. Das Treffen werde vor der für Samstag in Warschau geplanten Geberkonferenz für ukrainische Flüchtlinge stattfinden. *dpa* **Seiten 2, 3, 9**

Wetter in der Region

Mittwoch 11 bis 16 Grad ☁️
Donnerstag 8 bis 13 Grad 🌧️
Freitag 6 bis 11 Grad 🌧️

Schnell gefunden

Fernsehprogramm Seite 22
Rätsel/Sudoku Seite 10
Kultur Seiten 20, 21
Wetter & Termine Seite 16

Ihr direkter Draht zu uns

Tel. 07131 615-615 · Mo.–Do. 7–17 Uhr, Fr. 7–15 Uhr, Sa. 8–12 Uhr

